



# Wer spricht? Wer darf sprechen? Und wie?<sup>1</sup>

Die allseits beklagte sprachliche Entfesselung ist ein Symptom. Aber kein Symptom einer überaus bedenklichen politischen Entwicklung oder gar eines allgemeinen kulturellen Verfalls. Vielmehr ist sie ein Symptom politischer Reifung: Jede und jeder darf heute sprechen, und zwar in eigenem Namen. Schrill und sprachlich brutal wird, wer sich nicht gehört fühlt, wer sich ohnmächtig wähnt. Will man dem abhelfen, muss jeder und jedem nicht nur Sprachmacht, sondern Weltwirkungsmacht zugebilligt werden.

*Geht einmal euren Phrasen nach bis zu dem Punkt, wo sie verkörpert werden. – Blickt um euch, das alles habt ihr gesprochen; es ist eine mimische Übersetzung eurer Worte. Diese Elenden, ihre Henker und die Guillotine sind eure lebendig gewordenen Reden.*

Georg Büchner: *Dantons Tod*, 3. Akt (1835)

Der Stoff, aus dem das Politische geformt wird, sei in falsche Hände geraten. Wenigstens zu einem beträchtlichen Teil und wenigstens nach Meinung derjenigen, die die auserwählten Hüter dieses Stoffes zu sein behaupten. Der Stoff, aus dem das Politische geformt wird, ist die Sprache. Und ihre Hüter, die Politiker mit staatstragendem Jobprofil (deutsche Bundespräsidenten beispielsweise) und die Dichter mit staatstragenden Preisen, können sich gar nicht beruhigen, wie angeblich alles vor die Hunde geht. Da liest man beispielsweise bei Durs Grünbein, Träger sowohl des Georg-Büchner- wie auch des Friedrich-Nietzsche-Preises, „die Brutalisierung der öffentlichen Rede“ habe „dramatische[.] Konsequenzen für die Demokratie“.<sup>2</sup>

Und doch reibt man sich die Augen: Der Dichter beginnt nicht etwa damit, dass er anprangert, wie rüpelhaft Menschen in der U-Bahn oder auf dem Pausenhof verbal miteinander umspringen, auch nicht damit, wie Hollywood-Blockbuster mit heroischem Gesülze die moralische Aufgeregtheit anheizen und uns damit politischen Manichäismus, das Denken in Schwarz-Weiß-Schablonen, aufnötigen wollen – ein Denken, ohne das man heutzutage weder an Montags- noch an Freitagsdemonstrationen *bella figura* machen kann. Nein, der Dichter beginnt mit George Orwells *1984*, mit „Newspeak“, jenem sprachchemischgereinigten Idiom, mit dem das autoritäre Zukunftsregime durch radikale Vereinfachung auch die Gedanken zu kontrollieren hofft. Hat sich der Dichter da womöglich im Zettelkasten vertan? Denn so abscheulich man die sprachpolizeilichen Maßnahmen in Orwells Dystopie auch finden kann – einen Vorwurf kann man ihnen nicht machen, nämlich den einer Brutalisierung der Sprache. Vielmehr verschleiert „Newspeak“ gerade systematisch alle faktische Brutalität der Herrschenden: Statt Menschen zu töten, werden sie „vaporisiert“, statt „böse“ muss man „ungut“ sagen.

Soll man im Ernst glauben, dass gegenwärtig eine derartige realitätsvernichtende Einheitssprache um sich greife? Die von Grünbein gegebenen Beispiele legen Gegenteiliges nahe: Da ist vom mittlerweile abgewählten amerikanischen Präsidenten die Rede und vom russischen Amtsinhaber mit seinen persönlichen Trollen. Über das präsidiale Sprachverhalten lässt sich gewiss allerlei sagen, aber schwerlich, dass die Herren sich einer Ausdrucksweise bedienen, die Gegensätze abschleife. Mit Orwells „Newspeak“ hat die präsidiale Sprachpraxis, die der Dichter brandmarken will, fast gar nichts zu tun – genauer gesagt nur so viel, als es in beiden Fällen darum geht, Herrschaft zu stabilisieren. Die eine, bei George Orwell geschilderte Praxis ist die, alle Gegensätze aufzuheben<sup>3</sup> und Einheit zu suggerieren, wo Vielheit ist; die andere, insbesondere von Donald Trump geübte Praxis ist die, überall Gegensätze aufzureißen – vor allem dort, wo es gar keine gibt.

Kann es sein, dass man bei der Betrachtung der Gegenwartssprache leicht jenen Manichäismen aufsitzt, die man bei der politischen

Konkurrenz aufs Schärfste verurteilt? Oder ist es ausgemacht, dass das moralisch-politisch Wahre, Schöne und Gute bei uns und unse- resgleichen liegt, so dass für „die anderen“ nur noch das Unwahre, Unschöne, Ungute übrigbleibt? Es herrscht ohnehin eine bemer- kenswerte Diskrepanz in der kritischen Wahrnehmung der gegen- wärtigen Sprachgebräuche: Ist es jetzt ein gewaltiger Vereinheitli- chungsdruck, der auf diesen Sprachgebräuchen lastet, oder vielmehr ein gewaltiger Verluderungsdruck? Ist es das Problem, dass wir einer womöglich machtpolitisch, womöglich massenmedial eingeträufel- ten Sprachdiktatur unterworfen werden, oder vielmehr, dass eine Sprachanarchie um sich greift, wo dann jeder nur noch in seiner Partikularsprache spricht, die in seiner Gruppe, seinem Kiez gerade *en vogue* ist?

Für manche scheint klar, dass „eine Radikalisierung des öffentli- chen Sprechens“ zu beobachten sei, die mit „Diskriminierung“ und einem „allgemeine[n] Verfall der ethischen Standards, eine[r] Ver- sumpfung der Sprache in den Boulevardblättern wie in den sozialen Netzwerken“ einhergehe.<sup>4</sup> Bundespräsident Frank-Walter Steinmei- er gibt zu Protokoll: „Wo die Sprache verroht, ist die Straftat nicht weit.“<sup>5</sup>

Aha. Da würde man doch gern einmal wissen, wo genau diese Entfesselung der Sprache stattfindet, die der Dichter und der Bun- despräsident im Chor mit den Kultnegativisten jedweder Färbung meinen diagnostizieren zu können. Wo genau wird die Sprache bru- talisiert? Zugegeben, die Leute flüstern hierzulande nicht wie in To- kyoo, wenn sie sich in der U-Bahn partout unterhalten müssen, und sind auch der fernöstlichen Gepflogenheit abgeneigt, sich bei jeder Gelegenheit zu verbeugen, um sich für das eigene Vorhandensein zu entschuldigen. Aber aggressives Gebrüll ist selbst in Neukölln so wenig die Regel wie unentwegte Messerstechereien. Pöbeleien und Beleidigungen haben im physischen öffentlichen Raum quantita- tiv schwerlich signifikant zugenommen, Gewaltverbrechen gemäß Kriminalstatistik ohnehin nicht.<sup>6</sup> Und sollte jemand doch vor sich hinfluchen und selbst vor groben Unflätigkeiten nicht zurückschre- cken, wird der aufgeklärte Zeitgenosse verständlich nicken und dem

Mitmenschen mitleidig ein Tourettesyndrom bescheinigen. Schaut man sich da um, wo Menschen physisch und potenziell höchst konfliktuös miteinander interagieren, ist die Feststellung unausweichlich: Wir gehen jeder Konfrontation vorsichtig aus dem Weg. Wir Zivilisationsmenschen sind vorzüglich domestizierte Tiere. Der Mensch ist das sich im Zaum haltende Tier.

Indes findet die Brutalisierung, die unsere lyrischen und politischen Zivilisationsverfallsliteraten die Stirn in Falten legen lässt, durchaus statt – nämlich überall dort, wo kein Anwesender direkt und unmittelbar adressiert ist, auf Demos, bei denen man den Kanzler oder wahlweise die Dieselautolobby an den Galgen wünscht; auf Parteiversammlungen, wo man sich gegen „die da draußen“ in Rage redet, oder selbst im Bundestag, wo es fast wieder so ruppig zugeht wie zu Zeiten von Herbert Wehner und Franz Joseph Strauß.<sup>7</sup> Abgesehen davon, dass dies natürlich ein untrügliches Zeichen für den Untergang des Abendlandes ist (ist es zu Strauß' und Wehners Zeiten auch schon einmal untergegangen?),<sup>8</sup> fällt auf, dass die Adressaten der Attacken – beispielsweise die Ausländer, die Automobilkonzernbosse, die Altparteien – zwar unverblümt angegangen, oft auch namentlich genannt werden,<sup>9</sup> die direkte Konfrontation von Mensch zu Mensch aber doch oft sorgfältig vermieden wird. Selten tickt einer wirklich einmal aus, greift zum Messer und lässt den aufpeitschenden Worten Bluttaten folgen. Eine solche Korrelation von Worten und Taten ist zum Glück in Sachen Gewalt keineswegs der Normalfall; mancher Beobachter des politischen Feldes wird sogar anmerken, eine solche Korrelation zwischen Worten und Taten sei extrem unwahrscheinlich. Ausnahmen bestätigen leider die Regel.

Der Hauptaustagungsort verbaler Brutalität sind dennoch nicht Protestcamps und Parlamente, sondern das World Wide Web. Es bietet einige Vorteile für Rabauken und Hassprediger. Erstens werden sie gesehen, gehört und gelesen, ohne dass sie sich für dieses Privileg hätten qualifizieren müssen. Schlechterdings jede und jeder kann und darf sich zu Wort melden. Zweitens muss niemand für das, was sie oder er sagt, Gründe oder Argumente beibringen. Man kann seiner Meinung freien Lauf lassen, ohne diese Meinung auf irgendeine